

HINTERGRUND

Zusammenhalt in Vielfalt

Baden-Württemberg ist ein Bundesland, das von großer Diversität geprägt ist. Eine solche Vielfalt der Menschen ist für eine Gesellschaft immer Reichtum und Gestaltungsherausforderung zugleich. Wir wollen und werden auch weiterhin unseren Beitrag dazu leisten, dass diese Vielfalt gestärkt wird und zum Wohl aller gestaltet wird. Darum sehen wir es mit großer Sorge, dass es Kontexte und Akteur*innen gibt, die die Vielfalt in vielen ihrer Facetten ablehnen oder gar bekämpfen. Damit tragen sie eben nicht – wie sie selbst bisweilen behaupten – zur Stärkung unserer Gesellschaft bei, sondern befördern durch Ausgrenzung und Diskriminierung eher deren Spaltung.

Herausforderungen für die kommenden fünf Jahre

1. Schnelle Verlegung der Asylsuchenden in die Gemeinden

Eine der großen Herausforderungen für ein friedvolles Miteinander wird in den nächsten Jahren die Integration der zugewanderten Menschen sein. Sie fordert gleichermaßen Neudazukommende wie die Gesellschaft. Ziel aller Bemühungen muss sein, dass die Würde und Integrität *aller* Menschen geachtet werden, das Wohlergehen *aller* im Blick ist und *allen* soziale, strukturelle und kulturelle Teilhabe möglich ist. Wo Menschen sich begegnen und persönlich kennenlernen können, erhöht dies die gegenseitige Akzeptanz und baut Vorurteile ab. So ist es zum Beispiel sowohl für die Gesellschaft als auch für die einzelnen Menschen der falsche Weg, Geflüchteten gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten zu versagen. Lange Verweildauer in der Erstaufnahme verhindert eine frühzeitige aktive Teilhabe (z.B. Schulbesuch von Kindern, Arbeitsmöglichkeiten) der Geflüchteten und führt bei nicht wenigen zu massiven psychischen Belastungen und Retraumatisierungen. Deshalb ermuntern wir die künftige Landesregierung, die in der Corona-Zeit entstandene Praxis beizubehalten und Asylsuchende schnell in die Gemeinden zu verlegen. Langfristig sollten die großen Flüchtlingsunterkünfte zugunsten kleiner, dezentralen Unterkünfte aufgelöst werden.

2. Kindertageseinrichtungen, Schulen und Universitäten

➤ Kinder mit Migrationshintergrund sind häufig von Armut bedroht

Ein Drittel der Schüler*innen in Baden-Württemberg hat Migrationshintergrund. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund stärker von Armut

bedroht sind (29,3) als Kinder ohne Migrationshintergrund (10,5 Prozent).¹ Vor allem Kinder, die selbst nach Deutschland eingewandert sind, sind betroffen (48,8 Prozent). Die Armutsgefährdungsquote der Kinder mit Fluchthintergrund liegt sogar bei 87,8 Prozent. Diese erschreckend hohe Zahl ist nicht zuletzt begründet durch die Regelungen im Asylbewerberleistungsgesetz und den gesetzlichen Arbeitsbeschränkungen der Eltern. Finanzielle Einschränkungen gehen mit schlechteren Bildungs- und Entwicklungschancen einher. Sie verringern die Möglichkeiten späterer Teilhabe an Kultur oder sozialem Leben. Kinder mit Migrationshintergrund haben größere Schwierigkeiten, sich im Laufe ihres Lebens aus der Armutssituation zu befreien.

➤ **Bildungseinrichtungen tragen Verantwortung**

Kindertageseinrichtungen, Schulen und Universitäten kommt eine besondere Verantwortung bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Vielfalt zu. Sie haben Vorbildfunktion und schaffen Grundlagen für gleichberechtigte Teilhabechancen. Gerade hier aber kommt häufig eine sogenannte institutionelle Diskriminierung zu beobachten. Das heißt, dass Bildungseinrichtungen Kindern mit Migrationshintergrund weniger zutrauen und davon ausgehen, dass ihre Eltern sie auch nicht unterstützen können. Für sie werden dann Bildungspfade angebahnt, auf denen die Chancen auf Weiterentwicklung und bessere Karrieren gering sind. Da Bildung am nachhaltigsten gegen Armut schützt, braucht es hier einen Perspektivwechsel. Vor allem die Schule als wirkmächtige Institution muss die institutionelle Diskriminierung in ihren Strukturen und durch ihre Akteur*innen beenden.

Nach 70 Jahren andauernder Einwanderung ist klar: Migration wird ein bleibendes Phänomen in der baden-württembergischen Gesellschaft bleiben. Wie an vielen anderen Stellen auch, haben sich auch die Bildungsstrukturen dauerhaft auf Vielfalt einzustellen. Dies erfordert eine Haltungsänderung auf individueller, institutioneller und ideologisch-diskursiven Ebene: Kinder mit Migrationshintergrund sind tatsächlich genauso schlau wie Kinder ohne Migrationshintergrund und können mit entsprechenden Unterstützungsstrukturen genauso viel erreichen wie andere auch.

Der Landesregierung liegen vielfach Erkenntnisse zu wirkungsvollen Maßnahmen vor, die Ausgrenzung junger Menschen zu verhindern und statt dessen deren Begabungen zu fördern und so deren Teilhabemöglichkeiten zu stärken. So werden die wissenschaftlichen Begründungen etwa zur Integration der Sprachbildung und -förderung, Elternarbeit, Vielfaltssensibilität u.a. auf dem Landesbildungsserver präsentiert. Diese Erkenntnisse gilt es umzusetzen.

Die Caritas unterstützt Kinder mit Migrationshintergrund beispielsweise durch Maßnahmen im Bereich der Grundschulen mit Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen. Aber wenn es darum gehen soll, Bildungsgerechtigkeit zu schaffen, so darf diese nicht allein von ehrenamtlichem Engagement abhängig sein. Darum müssen die vom Land lange angekündigten Konzepte für die Schule fertig gestellt und ausreichend Ressourcen für die Qualifizierung von Lehrer*innen, für Arbeitsmaterialien und Lernbegleitung im Unterricht bereit gestellt werden.

¹ Quelle: GesellschaftsReport BW 2/2020

3. Wirksame Beteiligungsmöglichkeiten an einer Gesellschaft in Vielfalt

Menschen müssen eine „Gesellschaft in Vielfalt“ mitgestalten und diese auch spüren und erleben können. Dafür braucht es **neue Dialogorte und gemeinsames Handeln**.

Unsere Gesellschaft ist geprägt vom Prozess der Alterung, der permanenten Wertschöpfung und Individualisierung. Es braucht daher Freiräume, Orte ohne Zweck, die sich schlichter Funktionalität entziehen, unkommerziell sind und Autonomie und Selbstverwaltung ermöglichen. Solche gemeinschaftlichen Orte, wo Menschen sich begegnen, sich austauschen und Zeit miteinander verbringen, sind ein wichtiger Bestandteil, um den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu fördern. Sie bieten Raum für das Erleben von Gemeinsamkeit und Entfaltungsmöglichkeiten für jede*n Einzelne*n. Die Interaktion unterschiedlicher sozialer Gruppen kann hier ebenso stattfinden wie eine herkunfts-, klassen- und generationenübergreifende Kommunikation.

Die Anforderungen an die Qualität und Ausgestaltung des öffentlichen Raums verändern sich mit den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen. So soll er eine hohe Aufenthaltsqualität aufweisen, vielfältig nutzbar sein und verschiedene Aneignungsmöglichkeiten bieten. Diese Bedürfnisse und Wünsche zu Grunde gelegt, könnten öffentliche Einrichtungen Lernorte mit digitaler Ausstattung zur Verfügung stellen, Büchereien, Heimatmuseen oder Musikschulen zu kulturellen Begegnungsorten weiterentwickelt und für neue Nutzungen geöffnet und leerstehende Gebäude durch künstlerische und soziokulturelle Prozesse wiederbelebt werden.

➤ **Notwendige Stärkung der Strukturen von Quartiersmanagement und Sozialraumorientierung**

Sozialraumorientierung soll hier verstanden sein als Denk- und Handlungsansatz, um lebensweltliche Bezüge von Menschen, gleich welcher kulturellen Prägung oder sozialer Herkunft im Raum wahrzunehmen, zu entdecken und partizipative Prozesse der Raumaneignung anzuregen. Es ist folglich nicht nur wichtig, Räume und Orte zu kreieren, sondern die dort stattfindenden Prozesse zu initiieren, zu begleiten und zu unterstützen. Hierzu gehört die Analyse des jeweiligen sozialen Raumes, indem z.B. Kompetenzen und Stärken der Bewohner*innen erhoben oder die vorhandene Strukturen ermittelt werden, wie etwa Wohnsituationen oder die Infrastruktur.

Notwendig ist weiter eine professionelle Moderation des Prozesses, um Themen und Ziele zu filtern und zu formulieren. Ziel ist es, Strategien und Maßnahmen der Ressourcenaktivierung und des Empowerments einzuführen. Auch gilt es, Einflüsse struktureller Gewalt (ungleiche Verteilung von Einkommen, Bildungschancen) und gesellschaftlicher Ausschlussmechanismen zu reflektieren. Handeln im Sinne der Vielfalt und Demokratie, erfordert ein Sich-Einbringen. Erst die demokratische Gesellschaft mit ihren Beteiligungsstrukturen macht es möglich, dass sich vielfältige Lebensentwürfe entwickeln und in einem Miteinander existieren können. Der hierzu notwendige kontinuierliche Aushandlungsprozess zwischen den Menschen und Gruppen mit ihren jeweiligen Perspektiven, Wünschen, Zielen und Lebensmodellen findet im öffentlichen Raum statt.

Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die Soziale Arbeit in Quartieren und mit dem Ansatz der Sozialraumorientierung eine verlässlich finanziert wird.